Intelligence and Terrorism Information Center
at the Israel Intelligence' Heritage
& Commemoration Center (IICC)

Nachrichten zum israelisch-palästinensischen Konflikt

1-14 November 2007

Raketenbeschuss auf Israel geht weiter

Verwundete Kühe im Kibbuz Sikkim nach einem Raketenangriff (Photo von Noam Badin, Leiter der Öffentlichkeitsarbeit, Sderot)

Mord an Demonstranten in Gaza auf der Gedenkveranstaltung für Arafat

Die Kundgebung im Andenken an Arafat in Gaza, in deren Verlauf sieben Demonstranten von der Hamas erschossen wurden (al-Ayam, 13. November)

Inhalt

Übersicht

Wichtige Ereignisse

Maßnahmen zur Terrorbekämpfung

Gaza Restriktionen

Palästiinensische Gefangene

Statistische Daten

Annapolis - Vorbereitungen

Palästinensische Arena - Intern

Übersicht

- Auf politischer Ebene fanden die Gespräche der israelischen und palästinensischen Verhandlungsdelegationen ihre Fortsetzung, mit dem Ziel, im Vorfeld zu dem Ende November stattfindenden Gipfeltreffen in Annapolis eine gemeinsame Erklärung zu formulieren. Der Leiter der israelischen Delegation, Ehud Olmert, hob hervor, die Grundvoraussetzung der Verhandlungen sei die Anerkennung Israels als jüdischer Staat durch die Palästinenser, der neben einem palästinensischen Staat für die Palästinenser existiert. Dieser israelische Standpunkt, der eine grundlegende Voraussetzung für die Verhandlungen darstellt, erhielt negative Reaktionen von Seiten der Mitglieder der palästinensischen Delegation (Abu Alaah: „Die Forderungen Israels an die Palästinenser nach der Anerkennung des jüdischen Characters von Israel sind nicht akzeptabel“).

- Im Gazastreifen eröffneten Angehörige der Hamas das Feuer auf die Teilnehmer einer Massenkundgebung im Andenken an Yassir Arafat. Sieben der Fatah angegliederte Demonstranten wurden getötet und Dutzende erlitten Verletzungen. Die Veranstaltung stellte einen beeindruckenden Beweis des Einflusses der Fatah im Gazastreifen dar und drückte den zunehmenden Widerstand gegen die Herrschaft der Hamas aus.

- In Nablus wurden 200 Angehörige der (palästinensischen) Sicherheitskräfte stationiert und begannen mit Sicherheitsmaßnahmen, deren Ziel in der Beendung der gegenwärtigen Anarchie besteht. Die Aktion zeigte bereits erste Erfolge. Gleichzeitig vermieden die Sicherheitsbehörden die Zersprengung von Terrororganisationen und deren Infrastruktur, zu der die palästinensische Seite dem Abkommen gemäß verpflichtet ist.

Wichtige Ereignisse

Beschuss mit Raketen und Bombardierung mit Mörsern

Im Verlauf der ersten beiden Novemberwochen wurde 45 Raketen abgeschossen (im Vergleich zu 44 Raketen in der ersten Oktoberhälfte).

Tote Kühe im Kibbuz Sikkim (Photo von Noam Badin, Leiter der Öffentlichkeitsarbeit, Sderot)

- Am 1. November um 8.30 Uhr morgens erfolgte eine Salve von Raketen auf die Stadt Sderot und andere Orte des westlichen Negev, aus der neun Einschläge auf israelischem Gebiet festgestellt wurden. Die Fatah, bzw. die al-Aqsa Brigaden, bekannten sich zu dem Anschlag, den sie als „Herbst in Gaza“ bezeichneten, ein Hinweis auf das bevorstehende Gipfeltreffen in Annapolis im Herbst 2007 (Fernsehsender al-Jezira, 1. November). Am 11. November feuerte die islamische Jihad in Palästina eine verbesserte Rakete ab, die im Kuhstall des Kibbuz Sikkim einschlug, sechs Kühe tötete und das Gebäude beschädigte.

- Auch der Beschuss mit Mörsern fand seine Fortsetzung. Im Verlauf der ersten beiden Novemberwochen wurden 22 Mörserbomben abgefeuert (im Vergleich zu 29 Mörserbomben in den letzten beiden Oktoberwochen).

Vorbereitung und Abschuss einer Rakete durch eine Bande, die der Fatah, bzw. den al-Aqsa Brigaden angehören (Fernsehsender al-Aalam, 3. November).

Maßnahmen zur Terrorbekämpfung

Gazastreifen

Entdeckung von sieben Tunneln an der Grenze zwischen Gaza und Ägypten

- Sicherheitskräfte, die im Gazastreifen aktiv waren, entdeckten am 1. November sieben Tunnel, die der Hamas Bewegung zum Schmuggeln von Terroristen und Munition von Ägypten in den Gazastreifen dienten. Die Umgebung der Tunnel wurde mit Sprengfallen versehen, um den Zugang zu ihnen zu erschweren. Die Tunnel wurden von den israelischen Verteidigungskräften mit den entsprechenden Vorsichtmaßnahmen in die Luft gejagt (Website des Sprechers der israelischen Verteidigungskräfte, IVK, 1. November).

Die Freilegung der Tunnel, die für die Passage von Terroristen und den Waffentransport von Ägypten in den Gazastreifen vorgesehen waren (Website des Sprechers der israelischen Verteidigungskräfte, 1. November).

Weitere Operationen im Gazastreifen

- Die israelischen Verteidigungskräfte gehen auch weiterhin Banden vor, die von überall aus dem Gazastreifen Raketen abfeuern. Desgleichen wurden auch Abwehr- und Präventivmaßnahmen gegen Versuche fortgesetzt, nach Israel einzudringen und entlang des Grenzzauns Bomben zu legen. Unter diesen Aktivitäten wurden folgende hervorgehoben:
  - 10. November – Die Luftwaffe griff nach entsprechender Identifizierung einen Raketenwerfer an.
  - 9. November – Eine Einheit der israelischen Verteidigungskräfte gab Schüsse auf zwei Verdächtige am Grenzzaun südlich des Grenzübergangs von Karni ab. Die beiden Verdächtigen wurden von den Schüssen getötet.
  - 4. November - Die Luftwaffe griff ein Gebäude an, das als Abschussrampe von drei Raketen identifiziert wurde. Kurz darauf griff die Luftwaffe drei weitere Raketenwerfer an.
  - 4. November – In der Nähe der Stadtverwaltung von Beit Khanon griffen Einheiten der IVK drei bewaffnete Terroristen an. Infolge der Schüsse wurde ein Aktivist der islamischen Jihad in Palästina getötet und ein weiterer verletzt.
  - 3. November – Die Luftwaffe griff ein Fahrzeug mit zwei Angehörigen der Hamas in der Nähe der Ruinen der Siedlung Morag an.
  - November – Die Luftwaffe attackierte fünf Raketenwerfer, von dem der Abschuss von neun Raketen festgestellt wurde. Die Palästinenser berichteten von fünf Verletzten.
  - November – Die israelischen Verteidigungskräfte identifizierten drei bewaffnete Terroristen in der Nähe des Grenzzauns und eröffneten das Feuer. Zwei Bewaffnete wurden durch Schüsse getötet, und ein dritter Bewaffneter verwundet.

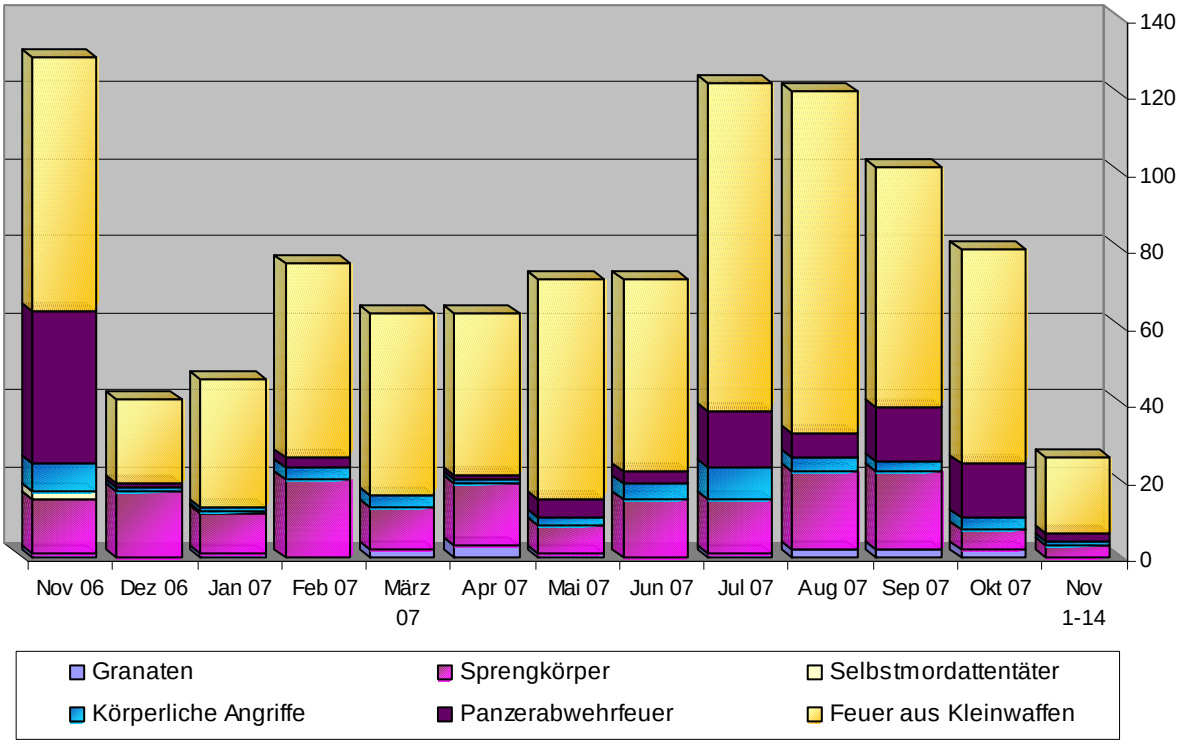
Judäa und Samaria

- In Judäa und Samaria werden die Abwehr- und Präventivmaßnahmen der Sicherheitskräfte fortgesetzt. In ihrem Verlauf wurde eine Anzahl von Terroranschlägen abgewehrt, die gegen Soldaten der IVK und israelische Zivilisten gerichtet werden sollten, und es wurden aktive Mitglieder von palästinensischenTerror-Organisationen in Judäa und Samaria festgenommen. Nachstehend die herausragenden Vorkommnisse:

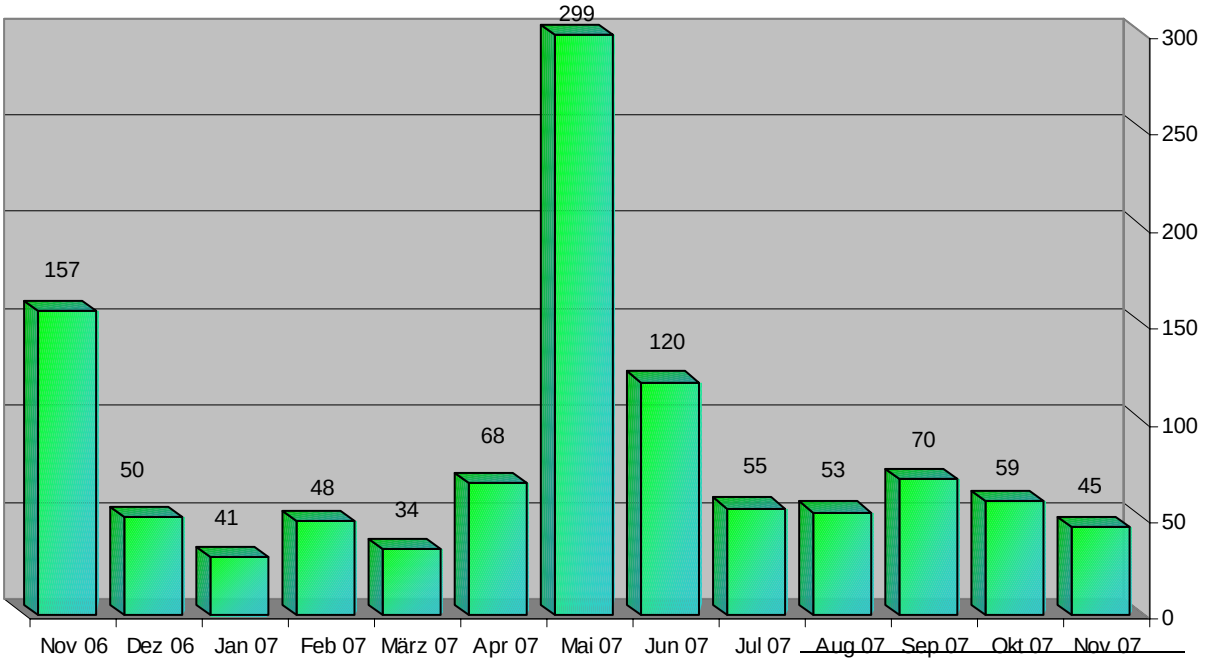
- 12. November – Im Verlauf einer Operation der israelischen Sicherheitskräfte in der Umgebung von Jericho wurde ein Aktivist der Fatah, bzw. der al-Aqsa Brigaden festgenommen, der an einen Schussangriff auf Soldaten in der Gegend von Jericho beteiligt gewesen war.
- 9. November – Im Verlauf einer Operation in Nablus kam es zu einem Schusswechsel zwischen einer Einheit der IVK und bewaffneten Terroristen. Im Ergebnis wurde ein ranghoher Angehöriger der Fatah verletzt.
- 5. November – Die israelischen Verteidigungskräfte verhafteten eine 17 Jahre alte palästinensische Terroristin, die sich einer Stellung der IVK in der Nähe von Tel Rumeida in Hebron näherte und ein Messer mit der Absicht hervorzog, auf die Soldaten einzustechen.
- November – Im Verlauf einer Operation der israelischen Streitkräfte im Flüchtlingslager von Balatah in der Stadt Nablus wurde ein ranghoher Angehöriger der Hamas festgenommen, der an Schussangriffen und Bombenlegen gegen Soldaten der IVK beteiligt gewesen war. In dem Gebäude, in dem die Festnahme erfolgte, wurden zudem Kampfmittel gefunden.
- November – Die israelischen Verteidigungskräfte nahmen am Kontrollposten Khawara (in der Nähe von Nablus) einen Terroristen fest, der in seiner Tasche vier Bomben mit sich führte.
- November – Einheiten des Grenzschutzes nahmen einen aktiven Angehörigen der Fatah/al-Aqsa Brigaden fest, der an der Herstellung von Sprengstoff und Bomben sowie am Legen von Bomben und Schussangriffen beteiligt gewesen war (Website des Sprechers der israelischen Verteidigungskräfte, 1. November).

Statistische Daten

Aufteilung der Anschläge, monatlich unterteilt[1]

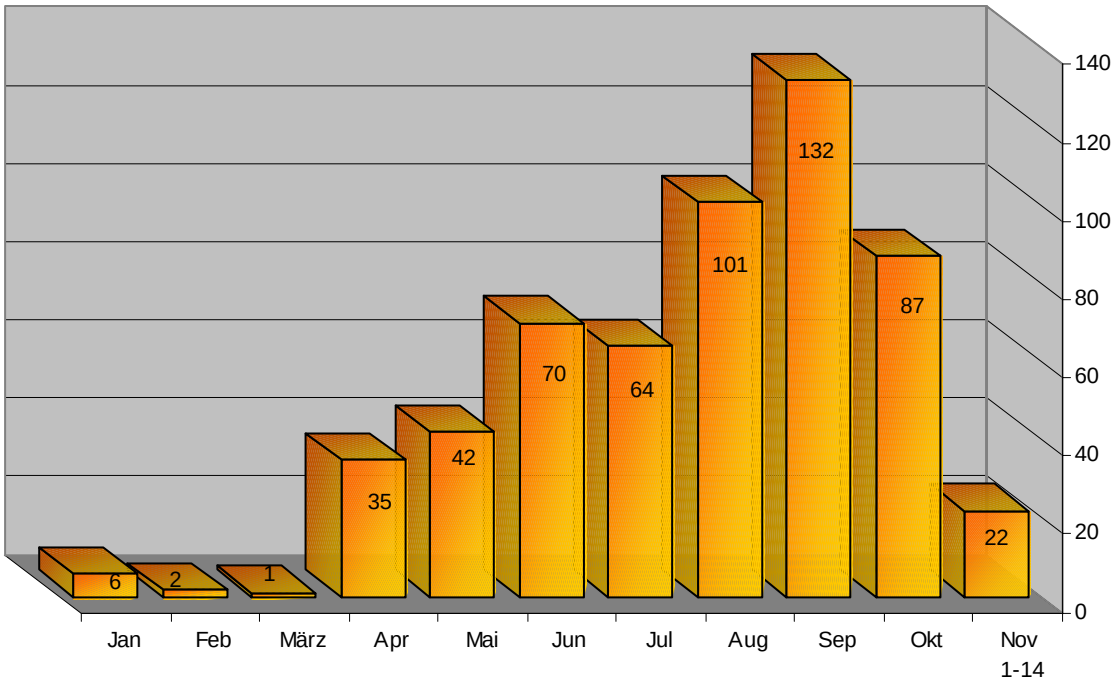


Aufteilung der ermittelten Raketeneinschläge, monatlich unterteilt

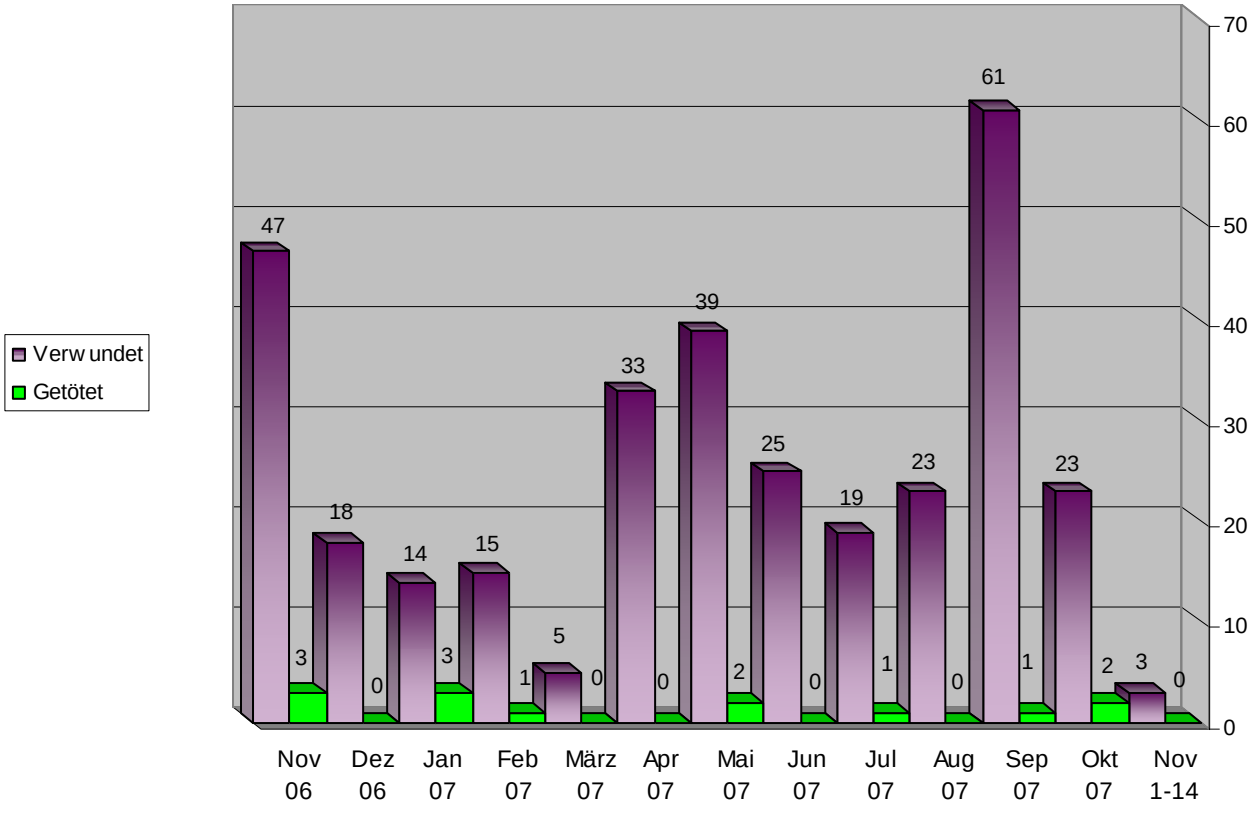


[1] Diese grafische Darstellung enthält im weiteren Verlauf keine steil aufsteigenden Geschosse. Diese werden in separaten Darstellungen erläutert.

Aufteilung ermittelter Einschläge von Mörsergranaten, monatlich unterteilt



Aufteilung der israelischen (Todes)Opfer, monatlich unterteilt



Vorbereitungen für Annapolis

- Die Gespräche zwischen den Verhandlungsdelegationen Israels und der palästinensischen Autorität mit dem Ziel der Formulierung einer gemeinsamen Erklärung, die auf dem Gipfeltreffen in Annapolis vorgestellt werden sollt, finden ihre Fortsetzung. Das Gipfeltreffen ist für die letzte Novemberwoche angesagt (israelischen und ausländischen Veröffentlichungen zufolge am 26. oder 27. November). Bisher haben die Vereinigten Staaten noch nicht offiziell mitgeteilt, an welchem Datum, auf welche Weise und unter der Beteiligung welcher Länder das Treffen erfolgen wird. Im Verlauf der Gespräche zwischen den Verhandlungsdelegationen wurde vereinbart, dass die Implementierung jeder erreichten Übereinkunft von der Durchführung des ersten Phase des Abkommens durch Israelis und Palästinenser abhängt. Zudem wurde auch bestimmt, dass das für die Ratifizierung der ersten Phase zuständige Gremium die "Vierergruppe" unter Leitung der Vereinigten Staaten sein solle.

- Abu Maazen, der Vorsitzende der Palästinensischen Autorität, rief in seiner Rede vor dem türkischen Parlament Israel dazu auf, die Gelegenheit für einen umfassenden Frieden nicht zu versäumen, der auch das Problem der syrischen Golanhöhen und der "besetzten libanesischen Gebiete" lösen müsse. Er hob hervor, dass der Erfolg des Gipfeltreffens in Annapolis zu einer Stärkung der gemäßigten Kräfte in der Region führen werde, die an einem Frieden interessiert seien, während ein Misserfolg zu Enttäuschung, Verzweiflung und der Rückenstärkung der Extremisten führen würde. Wiederholt betonte er, dass der östliche Teil von Jerusalem die ausschließliche Hauptstadt des palästinensischen Staates sein werde und stellte fest, dass das Problem der palästinensischen Flüchtlinge auf der Grundlage des internationalen Rechts "auf gründliche Weise" behandelt werden müsse (Fernsehsender al-Jezira, 13. November).

- Ehud Olmert, der israelische Regierungschef, hob zu Beginn der Fraktionssitzung der Kadima Partei am 12. November seine Position im Zusammenhang mit dem Zusammentreffen in Annapolis und dem Friedensprozess erneut hervor. Nachstehend die hauptsächlichen Punkte seiner Mitteilung (so wie sie vom Radiosender "B" übertragen wurden): "Es handelt sich um ein Zusammentreffen, nicht um Verhandlungen, doch ist es in der Tat ein Treffen, das die Gelegenheit bieten soll, einen politischen Prozess zwischen

uns und den Palästinensern in Gang zu setzen. Es ist dies ein Prozess, an dessen ernsthafter und kontinuierlicher Förderung wir interessiert sind, dies mit der Absicht, so schnell es geht, zu einer Verständigung zu gelangen. Wir werden uns im Verlauf der eigentlichen Verhandlungen mit allen Fragen befassen, die mit der Möglichkeit der Erfüllung des Plans und der Vision für einen palästinensischen Staat für das palästinensische Volk und natürlich mit der Anerkennung des Staates Israel als einen Staat des jüdischen Volkes im Zusammengang stehen."

- Im Rahmen verschiedener Foren betonte Ministerpräsident Ehud Olmert, dass die ersten Punkte auf der Tagesordnung von Verhandlungen die palästinensische Anerkennung des Staates Israel als Staat des jüdischen Volkes sei (auf der Grundlage der Auffassung von zwei Staaten und zwei Völkern). Diese Einstellung Israels gegenüber einem so bedeutenden Aspekt der Verhandlungen stieß auf negative Reaktionen sowohl von Angehörigen der palästinensischen Verhandlungsdelegation als auch von Seiten der Hamas:

  a.) Abu Alaah, der Leiter der palästinensischen Verhandlungsdelegation, betonte im Verlauf eines Treffens mit dem Leiter der Sicherheitskräfte, dass die Forderungen Israels an die Palästinenser, den jüdischen Charakter des Staates Israel anzuerkennen "nicht akzeptabel" seien. Er fügte hinzu, dass die palästinensische Seite einen Bevölkerungsaustausch mit dem palästinensischen Volk im Inneren (sprich: im Staat Israel) ganz entschieden ablehne und sich weigere, auf das "Recht der Rückkehr" für die Palästinenser auf der Grundlage der Resolution 194 der Vereinten Nationen zu verzichten (WPA Nachrichtenagentur, 14. November).

  b.) Zaab Arikat, Mitglied der palästinensischen Verhandlungsdelegation, nahm zu de Aussagen von Ehud Olmert Stellung und hob hervor, dass Israel "etwas Neues" erreichen wolle. Seinen Worten zufolge könne, was den internationalen Rahmen und die internationalen Beziehungen anbelange, nicht von der Anerkennung eines jüdischen Staates gesprochen werden. Er betonte wiederholt, dass "die Angelegenheit weder auf der Tagesordnung der internationalen Beziehungen noch der des palästinensischen Volkes und seiner Führung steht" (Radio "Die Stimme Palästinas", 13. November).

  c.) Yassir Abed Rabbah, Sekretär des Exekutivkomitees der palästinensischen Befreiungsorganisation, ließ verlauten, dass die Forderungen von Olmert nach der Anerkennung des Staates Israel als jüdischer Staat bedeute,

ideologische Bedingungen aufzuerlegen, dies mit dem Ziel, den Konflikt zu verschärfen und zu einer Eskalation zu gelangen. Er fügte hinzu, dass "der Frieden zwischen zwei Staaten oder Parteien geschlossen wird, und es ist nicht die Angelegenheit Israels und nicht die der Palästinenser, sich mit Themen zu befassen, die sich auf die internationale Legitimation und auf die Grundlagen des Friedensprozesses beziehen." (Radio "Die Stimme Palästinas", 13. November).

d.) Khaled Mashaal, Vorsitzender des politischen Büros der Hamas, merkte an, dass "wenn wir heute von zwei Staaten sprechen, einem israelischen und einem palästinensischen, dann bedeutet dies eine Anerkennung von Seiten der Palästinenser, wie es sie in der Vergangenheit bisher noch nicht gegeben hatte, in dem Sinne, dass der Staat Israel ein jüdischer Staat ist." Weiter sagte er: "Wer davon spricht, ist verantwortlich für den Verzicht auf anderthalb Millionen der Palästinenser [Einwohner] von 1948 und verantwortlich für den Verzicht auf das Recht der Rückkehr... Dieser Verzicht legt den jüdischen Charakter dieser [politischen] Einheit fest und verzichtet auf das Recht der Rückkehr." (Fernsehsender al-Aqsa, 5. November).

- Im Verlauf der Zusammentreffen baten die Palästinenser, dass Israel vor dem Gipfeltreffen in Annapolis eine bedeutungsvolle Geste mache. Unter anderen wurde Israel darum gebeten, mindestens 2000 Häftlinge zu entlassen und die Straßensperren in Judäa und Samaria aufzuheben (so der für die Häftlinge verantwortliche Minister, Ashraf al-Ajarmi, Radiosender "Die Stimme Palästinas", 5. November). Nach einem Bericht in der Tageszeitung "Ha Aretz" ist der Ministerpräsident geneigt, dieser Bitte nur zum Teil stattzugeben und auf der Grundlage der bestehenden Kriterien (d.h. wer kein Blut an den Händen hat) 300 - 400 Gefangene freizulassen (General Ben Issakharov, Ha Aretz, 12. November).

- Während die Verhandlungsdelegationen ihre intensiven Gespräche fortsetzen, zeigt die palästinensische Öffentlichkeit begrenztes Interesse am Gipfeltreffen in Annapolis und große Skepsis, was die Erfolgschancen anbetrifft. Hintergrund dieser niedrigen Erwartungen an das Gipfeltreffen in Annapolis ist unserer Einschätzung zufolge ein grundlegendes Misstrauen gegenüber der Fähigkeit Israels und der palästinensischen Autorität, eine politische Lösung voranzutreiben, dies im Nachgang zu den zahlreichen Fehlschlägen und Enttäuschungen der letzten Jahre. Abu Maazen und die palästinensische

Führung, die von Seiten der Hamas immer wieder des Verzichts gegenüber der israelischen Seite beschuldigt werden, fahren weiterhin fort, in ihren Äußerungen gegenüber der Öffentlichkeit maximalistische Positionen und hohe Erwartungen zu vertreten und versuchen nicht, eine Kampagne voranzutreiben, in deren Mittelpunkt die Bewusstseinsförderung und Aufklärung der palästinensischen Öffentlichkeit im Hinblick auf jedwede Kompromisse bezüglich der wichtigsten Punkte auf der Tagesordnung steht.

Die interne palästinensische Arena

Schüsse der Sicherheitsbeamten der Hamas auf die Teilnehmer einer Gedenkveranstaltung an Yassir Arafat

Kundgebung im Andenken an Yassir Arafat in der Stadt Gaza (al-Ayam, 13. November)

- Am 12. November fand auf dem zentralen Stadtplatz in Gaza eine Kundgebung im Andenken an Yassir Arafat statt, an der sich zwischen 250.000 und 300.000 Mensche beteiligten (vorsichtigen Einschätzungen zufolge). Viel davon schwenkten die gelben Fahnen der Fatah und Plakate mit Photos von Yassir Arafat und Abu Maazen. Am Ende der Veranstaltung kam es zu Zusammenstößen zwischen den Sicherheitskräften der Hamas und Demonstranten, die der Fatah nahe stehen, in deren Verlauf die Angehörigen der Hamas das Feuer auf die Demonstranten eröffneten. Im Ergebnis wurden sieben

Palästinenser, die mit der Fatah identifiziert werden, getötet und Dutzende verwundet, einige davon schwer.[2]

Teilnehmer an der Gedenkveranstaltung evakuieren einen durch die Schüsse der Hamas Verletzten (al-Ayam, 13. November)

- Im Nachgang zu den gewaltsamen Vorfällen kam es zu zahlreichen Verhaftungen von Angehörigen der Fatah durch die Polizei der Hamas im Gazastreifen. Ein Sprecher der Fatah gab an, das 400 aktive Mitglieder der Fatah verhaftet und Dutzende von weiteren Aktivisten auf die Polizeistationen zum Verhör vorgeladen wurden (Reuters, 13. November). Den Worten des Sprechers des Exekutivkomitees der Hamas zufolge wurden nicht mehr als 200 Personen verhaftet (Französische Nachrichtenagentur, 13. November). Den Behauptungen von Angehörigen der Fatah zufolge befinden sich unter den Festgenommenen auch ehemalige ranghohe Mitglieder der Sicherheitskräfte, ranghohe Mitglieder der Fatah sowie Personen, die sich mit der Fatah identifizieren, wie etwa Bürgermeister, Journalisten und Sheikhs sowie die Imame von Moscheen (WPA Presseagentur, 13. November).

- Dieser Zwischenfall ist unserer Einschätzung nach der schwerwiegendste unter den fortwährenden Auseinandersetzungen zwischen der Fatah und der Hamas, dies auch nach der Machtübernahme im Gazastreifen durch die Hamas (im Juni 2007). Der Erfolg der Fatah, Hunderttausende von Einwohnern für die Kundgebung im Andenken an Yassir Arafat zusammenzubringen, stellt eine beeindruckende Demonstration ihres Einflusses sowie des Widerstandes der

[2] Für weitere Einzelheiten, siehe Kurzinformation zu : "Neuer Höhepunkt bei der gewaltsamen Unterdrückung der Fatah im Gazastreifen: Im Verlauf einer Massenveranstaltung im Andenken an Yassir Arafat, die in Gaza stattfand, eröffneten Angehörige der Hamas das Feuer auf die Anwesenden. Im Ergebnis Im Ergebnis wurden sechs (!) Palästinenser getötet und Dutzende verwundet. Die Veranstaltung stellte einen beeindruckenden Beweis für den Einfluss der Fatah dar und drückte den wachsenden Widerstand der Öffentlichkeit gegen die Herrschaft der Hamas aus." (Vom 13. November 2007).

Öffentlichkeit gegen die Herrschaft durch die Hamas dar. Die Durchführung der Veranstaltung verdeutlicht, dass die Fatah – trotz des schweren Schlages, den sie von der Hamas hinnehmen musste – sich immer noch einer nicht geringen öffentlichen Unterstützung erfreut. Aktive Mitglieder der Fatah, die durch ihre Erfolg ermutigt wurden, dürften ihre Widerstandsaktivitäten fortsetzen, um der Herrschaft durch die Hamas im Gazastreifen ein Ende zu setzen. Die Hamas, die sich angesichts des Erfolges der Kundgebung verwirrt zeigt, wird danach streben, die Zeichen des Widerstandes ihr gegenüber schnell zu unterdrücken und ihre militärische Herrschaft über den Gazastreifen zu festigen.

Teilnehmer an der Kundgebung im Andenken an Yassir Arafat in Gaza (al-Khiyat al-Jedida, 14. November)

Sicherheitsmaßnahmen der palästinensischen Sicherheitskräfte in Nablus

- Etwa 300 aktive Mitglieder der uniformierten und mit leichten Schusswaffen ausgerüsteten Sicherheitskräfte schwärmten am 2. November in Nablus aus, dem Brennpunkt des Terrors in Judäa und Samaria. Nach den Angaben des Innenministers Abed el Razak Ikhia und weiteren ranghohen Beamten bestand das Ziel der Aktion darin, Recht und Ordnung wieder herzustellen und den Zustand der Anarchie im Distrikt von Nablus zu beenden; ihrer Ansicht nach soll der Distrikt Nablus wegen der ihm innewohnenden Problematik als Modell für weitere Ortschaften in Judäa und Samaria dienen. Regierungsoberhaupt Salam Fiadsh führte aus, dass die Stationierung der Sicherheitskräfte in Nablus an erster Stelle auf der Liste der Prioritäten seiner Regierung stünde, da "die Ereignisse in Nablus mehr Gewicht haben als die Ereignisse in Annapolis." (al-Khiyat al-Jedida, 12. November).

Operation der Sicherheitskräfte in Nablus (Fernsehsender al-Arabiyeh, 4. November).

- Die Kommandanten der palästinensischen Sicherheitskräfte trafen eine Abmachung mit Angehörigen der israelischen Verteidigungskräfte, dass die Mitglieder der palästinensischen Sicherheitskräfte zwischen 6.00 Uhr und Mitternacht aktiv sein können. In den Nachtstunden, zwischen Mitternacht und 6.00 Uhr, ist es nur den israelischen Verteidigungskräften gestattet, in der Stadt aktiv zu werden (Tageszeitung Maariv, 4. November). Die Aktivitäten der Sicherheitskräfte drückte sich bisher in der Beendung der in Nablus herrschenden Anarchie aus: durch das Verbot, Waffen zu tragen, durch die Verhinderung des Transports gestohlener Fahrzeuge und von Schusswechseln an öffentlichen Plätzen, durch die Verhaftung von Kriminellen, etc.

- Normalerweise werden die Aktivitäten der Sicherheitskräfte ohne Zusammenstöße mit den Terrororganisationen und ihren aktiven Mitgliedern durchgeführt. Eine Ausnahme stellte ein Vorfall im Flüchtlingslager Balatah am 5. November dar, der sich zwischen den Sicherheitskräften und bewaffneten Aktivisten der Fatah, bzw. der al-Aqsa Brigaden abspielte, als die Sicherheitskräfte versuchten, eine gesuchte Person festzunehmen. Im Verlauf des Zwischenfalls wurden ein Sicherheitsbeamter und acht Zivilisten verletzt sowie 25 Personen verhaftet. Der Distriktgouverneur von Nablus gab bekannt, dass die Sicherheitskräfte ab dem 6. November auf den Straßen im Flüchtlingslager Balatah Streife fahren werden, und dass es keinen Ort mehr geben werde, an dem die Sicherheitsbeamten nicht anwesend sein werden.

- Der Kommandant der Polizei im Distrikt von Nablus, "Akid" (Oberst) Ahmad al-Sharkawi gab bekannt, dass die Ingenieure der Polizei in einem verlassenen Gebäude in der Altstadt Dutzende von Bomben fanden. Er fügte hinzu, dass diese mit dem Abschluss der Durchsuchung der Umgebung gesprengt werden würden (Mann Nachrichtenagentur, 10. November). Eine Quelle der israelischen Sicherheitskräfte jedoch ließ verlauten, dass es sich bei den Sprengsätzen um alte

Bomben handle, die nicht zur aktiven Infrastruktur der Terrororganisationen gehörten.

Ahmad al-Sharkawi, Kommandant der Polizei des Distrikts von Nablus (Fernsehsender al-Arabiyeh, 4. November)

- Berichten aus Nablus zufolge führten die Operationen der Sicherheitskräfte zu einer Verbesserung der Situation und einem erhöhten Gefühl der Sicherheit unter den Einwohnern. Ein Journalist der französischen Nachrichtenagentur (13. November) beschreibt im Nachgang zur Implementierung der Sicherheitsmaßnahmen: "Die Bewaffneten in der Stadt, die eine Herrschaft des Terrors eingeführt hatten, haben sich in Luft aufgelöst ... Die Armee der Schurken auf den Straßen, die in der Vergangenheit den Stadtplatz zu ersticken drohte, ist verschwunden... die Bewegungsfreiheit ist nicht eingeschränkt... nach Jahren der Stagnation beginnen die Geschäfte, sich allmählich zu wiederholen..."

- In Reaktion auf die Aktivitäten der Sicherheitskräfte gaben Sprecher der Hamas bekannt, dass sie die Durchsetzung von Recht und Ordnung in Nablus begrüßen würden, hoben jedoch hervor, dass die Waffengewalt der Hamas legitim sei, da sie gegen Israel gerichtet sei ("die israelische Besatzung"). Ein Mitglied der Legislative der Hamas, Salah al-Barawil, betonte, dass die Hamas "ihre Waffen nicht an die palästinensische Autorität oder überhaupt an irgend eine andere Körperschaft ausliefern würde."

- Ranghohe Angehörige der palästinensischen Autorität, unter ihnen auch Regierungschef Salam Fiadsh, stellen die Operationen in Nablus als Erfolg dar und beanstandeten die Fortsetzung der durch die Israelischen Verteidigungskräfte in Nablus und auf der Westbank durchgeführten Abwehr- und Präventivmaßnahmen. Es muss jedoch daran erinnert werden, dass die Aktivitäten der palästinensischen Sicherheitskräfte auf die Durchsetzung von Recht und Ordnung und die Beendung der Anarchie gerichtet sind, wie ranghohe Mitglieder der Autorität erklären, und nicht etwa auf die Zersprengung von Terrororganisationen und ihrer Infrastruktur, wozu die palästinensische Seite laut Abkommen (eigentlich) verpflichtet ist. Bisher haben die Sicherheitskräfte die Stellung der palästinensischen Autorität in Nablus nicht etabliert, und die dortige Infrastruktur des Terrors, und ganz besonders die der Hamas, wurde nicht zerstört.

Waffenlager der Hamas in Nablus entdeckt

- Samikh al-Zifi, Kommandant der nationalen Sicherheit für den Distrikt von Nablus, veranstaltete eine Pressekonferenz, in deren Verlauf er bekanntgab, dass die Sicherheitskräfte zahlreiche Kampfmittel entdeckt hätten. Waffenlager wurde in der großen Moschee in Bet Ammar (im Norden von Hebron) sowie in einer sozialen Einrichtung der Hamas, die dieser Moschee angehört, entdeckt (palästinensisches Fernsehen, 13. November). Den Angaben von Samikh al-Zifi zufolge wurden in der Moschee am 13. November Waffen, Munition, Dolche, Beile, verschiedene Ausführungen von Sprengstoffgürteln, Propagandamaterial gegen die palästinensische Autorität und mehr konfisziert. Er gab an, dass die Sicherheitskräfte auf Grund von Informationen des Geheimdienstes Aktivisten der Hamas festnahmen, die unter Verdacht stehen, diese Waffenlager (dort) angelegt zu haben.

Einberufung der Legislative in Gaza

- Am 7. November wurde in Gaza unter dem Vorsitz des stellvertretenden Präsidenten des Rates, Ahmad Bakhar, und unter der Teilnahme des Regierungschefs der Hamas, Ismail Haniah, eine Sitzung des Legislativrats einberufen. Berichten der palästinensischen Presse zufolge nahmen 29

Repräsentanten aus dem Gazastreifen an der Sitzung teil. Sechs Repräsentanten der Hamas, die in Judäa und Samaria wohnen, beteiligten sich an der Sitzung über das Telefon. 35 Repräsentanten, die in Israel inhaftiert sind, wurden im Verlauf der Sitzung durch Bevollmächtigte "vertreten". Die Fatah verweigerte die Teilnahme an der Sitzung, und auch weitere Fraktionen enthielten sich der Anwesenheit.

- Sprecher von Seiten der Fatah erkannten der Sitzung des Rates die Legitimität ab: Der Sprecher der Fatah, Fahmi el-Zaarir, betonte, dass "die Sitzung weder legitim noch legislativ sei..." (Nachrichtenagentur Raamtaan, 7. November); der Generalsekretär der Legislative, Ibrahim Kharisha, erklärte: "... das, was die der Hamas angegliederten Mitglieder des Rates taten, bedeutet den Sieg der Gewaltherrschaft, den die Milizen der Hamas im Gazastreifen etabliert haben..."; ein Mitglied der Legislative von Seiten der Fatah, Abdullah Abdullah, meinte, dass "es einen Versuch gebe, den gesetzgebenden Rat zu zerstören, da man nicht behauptenkann, dass die zur Gesetzgebung erforderliche Zahl der Anwesenden auf der Sitzung gegeben war, wenn von 132 Mitgliedern (nur) 29 anwesend waren..." (Fernsehsender al-Jezira, 7. November).